

Impressum:	Inhalt:	
also 147		
April 2018	Veranstaltung "Schulscharfer Sozialindex"	03
GEW	Aktion Überstunden	04
Stadtverband	Grundschule: Aufbruch oder Zusammenbruch	10
Wuppertal	Toilettenfeuerwehr	14
Paradestr. 21	GEW zur Schulentwicklung in Wuppertal	15
42107 Wuppertal	Eine Sitzung des Schulausschusses	18
Tel. 0202 - 440261	Inklusion in der Diskussion	22
Fax 0202 - 455050	Ethikunterricht an Grundschulen	27
wuppertal@gew-nrw.de	Treffen der Senior*innen	30
wuppertal.gew-nrw.de	Geburtstage	32
Bürozeiten:	Fortbildungen und Beratungen	34
Mo-Do 13 -17 Uhr	Workshop Otros Mundos	36
	Rechte bei befristeter Beschäftigung	38
	Haftung bei Handys in der Schule	40
v.i.S.d.P.:	GEW Solingen	
Helga Krüger	G 9 kommt! Aber wie?	42
Redaktion	Verbindliche Empfehlungen Grundschule	44
und Layout:	Bürgerinitiative 4. Gesamtschule	45
Susanne Adlung	Geburtstage	46
Kerstin Beulke	Treffen der Senior*innen	47
Helga Krüger Ulla Weinert	Veranstaltungen	48
Olia Wellieft	Vorstand und Service GEW Solingen	49
Druck:	GEW Mettmann	
Druckerei Schöpp	Datenschutz und mehr	51
Der Bezugspreis	Neues Fortbildungsformat	52
ist im Mitgliedsbeitrag	Geburtstage	53
enthalten.	Jubilar*innen	54
	Auf ein Wort	55
Extraseiten von GEW Solingen	Kontakte GEW Mettmann	56
GEW Mettmann		
Fotos: Pixabay	Personalräte GEW Wuppertal	58
	Vorstand GEW Wuppertal	59

Schulen "ungleich" behandeln? Ungleiche Behandlung für mehr Gerechtigkeit

// Der Zusammenhang zwischen Bildungserfolg und sozialer Herkunft ist in Deutschland sehr stark ausgeprägt. Auch Schulen in Wuppertal stehen vor extrem ungleichen Ausgangsbedingungen, betrachtet man die soziale und ethnische Zusammensetzung ihrer Schülerschaft. //

Der vor über 10 Jahren eingeführte sozialräumliche Index reicht heute nicht mehr aus, um gerade Schulen in Brennpunkten unserer Stadt bedarfsgerecht zu unterstützen. Inzwischen stehen Instrumente zur Verfügung, die einen datengestützten und schulbezogenen Sozialindex ermöglichen. Dieser modifizierte Sozialindex könnte ein zentrales Element einer Schulpolitik werden, die mehr Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit schafft.

Andere Kommunen in NRW haben sich bereits auf den Weg gemacht und im Rahmen der Schulentwicklungsplanung einen schulscharfen Sozialindex entwickelt, der die Bedürfnisse gerade von Schulen im Brennpunkt viel genauer in den Fokus nimmt. Doch auch das Land ist gefragt, entsprechende Ressourcen zur Verfügung zu stellen.

Information und Diskussion: "Schulscharfer Sozialindex"

Chancen für eine bessere Unterstützung von Schulen im Brennpunkt?

Referent: Thomas Groos, Abteilungsleiter Statistik Stadt Solingen

Er berichtet in seinem Vortrag über Ansätze und Verfahren eines schulscharfen Sozialindex, der die einzelne Schule passgenau in den Blick nimmt, damit Ressourcen bedarfsgerechter verteilt werden können.

Donnerstag, 26. April 2018, 19 Uhr die börse, Wolkenburg 100, 42119 Wuppertal

Aktion Ü

Wir zählten die Überstunden im Februar

... und es offenbarte sich die unglaubliche Unfähigkeit der Schulpolitik.

Die Anzahl der Überstunden, die an den Wuppertaler Schulen - und sicher auch in allen anderen Städten - geleistet wird, ist besorgniserregend. Doch genauso belastend und unverantwortlich sind weitere Folgen der viel zu knappen Bereitstellung von Ressourcen. Das ist nicht erst ein Problem des aktuellen Lehrermangels, sondern schon lange Folge der verfehlten Bildungspolitik.

Plötzlich 35 Kinder in der Klasse? Beaufsichtigung von zwei Klassen? Zwei Klassen auf dem Schulhof oder in der Turnhalle? Alles Alltag.

Sonderpädagogische Förderung? Förderunterricht? Sprachförderung für Seiteneinsteigerkinder? Differenzierung nach Leistungsgruppen? Oft nur auf dem Papier.

Überstundenspirale beenden

Mehr Personal gegen Belastung und Unterrichtsausfall

// "Vor dem Hintergrund des akuten Lehrermangels in NRW und des deutlichen Versprechens der Frau Ministerin Yvonne Gebauer, den Lehrerberuf wieder attraktiv machen zu wollen, ist eine ehrliche Betrachtung des Lehrermangels und des Unterrichtsausfalls wünschenswert. Das Wohlbefinden unserer Lehrer ist ein Garant für guten Unterricht." So konnte man es lesen in der Landtagsdrucksache vom 11.12.2017.//

Unsere Umfrage in den Schulen zeigt es mehr als deutlich: Das "Wohlbefinden" der Lehrkräfte ist höchst bedenklich gestört und Anstrengungen der Schulministerin dulden keinen Aufschub, sonst bleibt die Gesundheit der Beschäftigten auf der Strecke und immer mehr wertvolle Unterrichtszeit geht den Schüler*innen verloren.

Doch die wenigen bisher gemachten Ankündigungen lassen nicht vermuten, dass sich wirklich etwas ändern soll. Das geplante Erfassungsverfahren zum Unterrichtsausfall der Schulministerin, das allein durch die Bereitstellung von 183 Lehrerstellen zur Durchführung mehr als 16 Millionen € jährlich kosten soll, hilft nun wirklich nicht viel weiter, um Belastungen abzubauen und Unterricht zu sichern. Wirksame, langfristig angelegte Maßnahmen zur Beseitigung des Lehrermangels lassen auf sich warten. Die gleiche Bezahlung für alle Lehrämter nach A 13/EG 13 wird angekündigt, aber nur schleppend behandelt, Studienplätze nur zögerlich erhöht, NC nicht abgebaut.

Ergebnisse der GEW Umfrage an Wuppertaler Schulen

Unsere Umfrage bezogen auf die Überstunden im Februar 2018 ergab eine Übersicht über die Situation von mehr als 700 Lehrkräften unterschiedlicher Schulformen.

Wir hatten nach zusätzlichen Unterrichtsstunden im Februar gefragt, die über die individuellen Pflichtstunden hinaus geleistet werden mussten. Eingetragene Belastungen, die durch Elterngespräche, Teambesprechungen, Förderplangespräche etc. entstanden, wurden dabei nicht mitgezählt. Durch Zeugnisausgabe und Brückentage zu Karneval ergaben sich im Februar 17-18 reguläre Unterrichtstage in den Schulen.

Deutlich wurde, dass in den Grundschulen, Förderschulen und Berufskollegs der rechnerische Durchschnittswert von Überstunden

nicht zu verwertbaren Ergebnissen führt, weil hier andere Voraussetzungen gegeben sind (siehe weiter unten).

Durchschnittliche Überstunden im Februar nach Schulformen

Gymnasium 6,1 Überstunden
Gesamtschule 5,0 Überstunden
Realschule 4,7 Überstunden

Hauptschule keine Rückmeldung (Dezimalwerte aufgrund unterschiedlicher Stundenraster)

Anschauliches Beispiel aus einem Gymnasium

Von geplanter Lehrkraft nicht gehaltener Unterricht	12,9%
Das waren 616 Stunden, die so "ersetzt" wurden:	
durch Mehrarbeit der Lehrkräfte	38,9 %
durch "eigenverantwortliches Arbeiten" der Schüler	38,7%
durch Klassen- und Kurszusammenlegung	6,2%
durch andere Vertretungsmaßnahmen	6,7%
durch Unterrichtsausfall	9.5 %

Allein die Mehrarbeit des Kollegiums ersetzt in diesem konkreten Beispiel 2,6 Lehrerstellen! Um alle Vertretungsnotwendigkeiten abzudecken, wären gut 6 zusätzliche Stellen notwendig!

Die Situation der Berufskollegs

Hier kommt es neben Überstunden wegen erhöhtem Krankenstand - auch als Folge der Belastungen - verstärkt zu sogenannten Parallelvertretungen aufgrund der Altersstruktur der Schüler*innen, d.h. die Lehrkraft ist für zwei oder mehr Klassen zuständig. Die Belastung ist immens, die Qualität muss auf der Strecke bleiben.

Spezielle Belastungen in der Grundschule

Da Grundschulkinder auch bei unvorhersehbarem Unterrichtsausfall am gleichen Tag grundsätzlich nur zu den im Stundenplan vorgesehenen Zeiten nach Hause entlassen werden dürfen, ergeben sich für diese Vertretungssituationen besondere Herausforderungen. Die Folgen spiegeln sich in den Rückmeldungen an uns sehr deutlich wieder: Aufteilung der Klassen in Nachbarklassen, Betreuung von bis zu drei (!) Klassen in der Sporthalle, Auflösung von Sprachfördergruppen, Auflösung von Teamunterricht und damit z.B. Wegfall von Fördermaßnahmen, die im Stundenraster vorgesehen sind, Einsatz der Sonderpädagog*in im Klassenunterricht. Die ganze Misere der Unterrichtssituation in den Schulen in ihrem tatsächlichen Ausmaß wird durch die Kraftakte der Schulen nur geschönt.

Hier das konkrete Beispiel aus einer Rückmeldung:

Grundschule	Ü-Std.	Andere Belastungen
Mo, 05.02.18	0	5 Klassen aufgeteilt, 4 DaZ Gruppen aufgelöst
Di, 06.02.18	3	4 Klassen aufgeteilt, 2 DaZ-Gruppen aufgelöst
Mi, 07.02.18	2	1 Klasse aufgeteilt
Do, 08.02.18	1	2 Klassen aufgeteilt
Fr, 09.02.18	4	3 Klassen aufgeteilt, 2 DaZ-Gruppen aufgelöst

Besondere Belastungen an den Förderschulen

Hier werden Vertretungsbedarfe vor allem durch Vergrößerung der Schülergruppen und Klassenzusammenlegungen gestemmt, eine besonders gesundheitsbelastende Situation, da diese Schülergruppen sehr komplexe Anforderungen mit sich bringen, mit denen dann eine Lehrkraft allein fertig werden muss. Das trifft in besonderem Maß auf die Schulen zu, deren Schüler*innen mit Schülerspezialverkehr transportiert werden. Neben der Belastung für die Lehrkräfte kann man in solchen Situationen den Schülerbedürfnissen immer weniger gerecht werden.

Mehr Personal ist allemal besser als präzises Zählen

Nicht erst seit Zeiten des akuten Lehrermangels fehlt es den Schulen an einer zuverlässigen Ressource für Vertretungszwecke. Hinzu kommen ständig neue außerunterrichtliche Aufgaben, die zusätzlich ohne Personalaufstockung gestemmt werden sollen. Die vor vielen Jahren noch vorhandene - aber längst nicht ausreichende - Reserve von 4% wurde von den jeweiligen Schulministerien kontinuierlich gekürzt. Gleichzeitig wurde der Druck auf die Kollegien erhöht, diese Kürzungen durch Mehrarbeit und Mehrbelastung zu schultern.

Mehr Belastung = mehr Krankheitsausfall = mehr Unterrichtsausfall = mehr Belastung = mehr

Diese Spirale darf sich nicht unaufhaltsam weiter drehen. Doch solange die Bildungspolitik diese Spirale nicht stoppt, müssen die Kollegien vor Ort ihr Stoppschild aufstellen. Es ist dringend notwendig, in den Lehrerkonferenzen die Spielräume auszuloten, die Mehrarbeit und Mehrbelastung vermeiden helfen. Kein Kollegium sollte sich zumuten lassen, die von der Politik verursachten Personallücken auf Kosten der Gesundheit auszubügeln.

Kein Personal da - Unterricht muss ausfallen

Allzu oft geben Schulleitungen dem Druck "von oben" nach, bloß keinen Unterrichtsausfall zuzulassen, egal wie organisiert. Dazu passt auch, dass den Schulleitungen zurzeit von den Schulbehörden untersagt wird, über den konkreten Lehrermangel an ihrer Schule z.B. der Presse Auskunft zu geben.

Doch allenfalls Bestimmungen zur Aufsicht und zur Ganztagsbetreuung setzen enge Spielräume, die sicher nicht umgangen werden können. Doch es lohnt sich, die rechtlichen Bestimmungen einmal genau zu durchforsten.

Überstunden vermeiden

Dazu zwei Hinweise: Die Kollegien und Lehrerräte sind jetzt gefordert, den § 68 des Schulgesetzes anzuwenden: "Die Lehrerkonferenz entscheidet über Grundsätze für die Unterrichtsverteilung und die Aufstellung von Stunden-, Aufsichts- und Vertretungsplänen."

Der Erlass zur Aufsicht enthält folgende Vorschrift: "Schülerinnen und Schüler der Primarstufe und der Klassen 5 und 6 der Sekundarstufe I dürfen auch bei unvorhersehbarem Unterrichtsausfall grundsätzlich nur zu den im Stundenplan vorgesehenen Zeiten nach Hause entlassen werden. Über Änderungen des Stundenplans und der Öffnungszeiten der außerunterrichtlichen Ganztags-und Betreuungsangebote sind die Eltern rechtzeitig zu informieren." Daraus ergibt sich ab der Klasse 7 ein weiterer Spielraum.

Wir haben die Überstunden gezählt und nicht den Unterrichtsausfall. Wenn das Ministerium wie geplant diesen zählen wird, dann sind wir sehr gespannt, was dort alles als Ausfall erscheint oder mit welchen Tricks man sich die wahre Situation schön rechnet.

Kalender für 2018/19 gewünscht? Dann bitte jetzt bestellen

Der Stadtverband Wuppertal möchte Dir für das Schuljahr 2018/19 einen Kalender für Deinen Berufsalltag schenken. Wieder wollen wir die Kalender gezielt an Kolleginnen und Kollegen weiterleiten, die per E-Mail bestellen. Du kannst zwischen dem altbewährten GEW-Taschenkalender (Variante A) und einem GEW-Tischkalender (B) wählen. Wer einen Kalender wünscht, schickt bitte eine E-Mail mit den Infos. Name / Schule bzw. Einrichtung / Variante A oder Variante B an unser Büro.



Aufbruch oder Zusammenbruch

Zukunft der Grundschule - wohin geht die Reise?

// Lehrkräftemangel, steigende Schülerzahlen, Inklusion, Zuwanderung und eine momentan intensiv geführte öffentliche Debatte über die Qualität des Unterrichts tragen nicht gerade zu Beruhigung und Entspannung der Lehrkräfte an den Grundschulen in NRW bei. Im Gegenteil, die Verunsicherung und der Frust waren selten so groß wie heute. //

Ein Blick in die Vergangenheit zeigt, dass schon in den letzten 10-15 Jahren der Umfang vieler Aufgaben in den Grundschulen deutlich zugenommen hat und auch noch zahlreiche zusätzliche Aufgaben hinzugekommen sind. Hier nur eine unvollständige Auflistung:

Auftrag zur individuellen Förderung jedes Kindes, VERA, Bürokratisierung aller Arbeitsprozesse, Sprachstandserhebungen, Arbeit am Schulprogramm, mehr Schulentwicklungsarbeit, Umsetzung der Inklusion, Integration von zugewanderten Kindern, mehr Erziehungsarbeit durch herausfordernde Kinder, zunehmende Beratungsgespräche mit Eltern, Kooperationen und Absprachen mit verschiedensten außerschulischen Institutionen, Dokumentation von Beratung und Diagnostik, Förderpläne schreiben, Qualitätsanalyse ...

Viele Kolleginnen und Kollegen fühlen sich angesichts der immensen Herausforderungen zunehmend belastet und fragen sich zu Recht, was sollen wir denn noch alles stemmen? Wo bleibt die Entlastung für uns? Was tut die neue Landesregierung zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen an den Grundschulen? Und wie sieht es mit der Wertschätzung (auch finanziell) und dem Respekt für unsere Arbeit aus?

Hier kurz zusammengefasst das Maßnahmenpaket der neuen Landesregierung zur Entlastung der Grundschulen und zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Lehrkräfte (aus Sicht der Fachgruppe Grundschule):



Sehr übersichtlich, oder?

Ganz humorlos muss man leider feststellen, dass die Pläne unserer neuen Schulministerin nicht gerade vielversprechend für eine hoffnungsvolle Zukunft der Grundschulen stehen (Stichwort Masterplan Grundschule).

Und wenn man dann in Studien liest, dass bundesweit bis 2025 knapp 105.000 Grundschullehrkräfte neu eingestellt werden müssen, davon alleine 60.000, die altersbedingt aus dem Dienst ausscheiden werden, außerdem 26.000 Lehrerinnen und Lehrer zur Gewährleistung der Unterrichtsversorgung bei steigenden Schülerzahlen benötigt werden und weitere 19.000 für zusätzliche pädagogische Aufgaben durch den Ausbau von Ganztagsschulen, dann bekommt man eine Ahnung davon, wohin die Reise auch bei uns in NRW geht.

Aber wie sagte schon der bekannte Fußballphilosoph Lothar Matthäus: Wir dürfen jetzt nicht den Sand in den Kopf stecken! Im Gegenteil, unsere Aufgabe ist es gerade in diesen Zeiten des Umbruchs die wirklichen Probleme und Herausforderungen der Grundschule in den Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion zu rücken und Lösungen genau dafür einzufordern.

Habt ihr Lust, uns dabei zu unterstützen? Dann kommt doch zur nächsten Sitzung der Fachgruppe Grundschule und diskutiert gemeinsam mit uns!

Richard Voß, für die Fachgruppe Grundschule

Fachgruppe Grundschule

Wir laden herzlich ein zu einem Austausch über brennende Themen, deshalb bei Kaffee und Kuchen ...

Montag, 28. Mai 2018 um 16.00 Uhr

GEWerkschaftsladen, Paradestr. 21, 42107 Wuppertal

Diese Gesprächsthemen schlagen wir vor:

- Die Grundschulkampagne der GEW: "Aufbrechen Zukunft Grundschule"
- Der sogenannte "Masterplan Grundschule" der Landesregierung – Was ist geplant – Was halten wir davon?
- Lehrkräftemangel wie geht es weiter?
- Themen, die ihr sonst noch gerne besprechen möchtet

Hatun Cici, Anna Oëx und Karen Weber





"Toilettenfeuerwehr" in Schulen

Ein erster Schritt, dem weitere folgen sollten

// Die Toilettenreinigung an den Wuppertaler Schulen soll verbessert werden. Der ursprüngliche Plan, einen Modellversuch an ausgesuchten Schulen mit einer täglichen zweiten Reinigung zu starten, wurde verworfen. Als erster Schritt wurde statt dessen ab dem 01.03.2018 in einem Modellversuch eine "Putz-Feuerwehr" eingerichtet. //

Zur Erinnerung: Nix Picobello in den Schulen - das war der Titel einer GEW-Umfrage an den Wuppertaler Schulen im März 2016. Ganz schlechte Noten verteilten damals die Schulen an die Stadt, wenn es um den Hygienezustand ihrer Schulgebäude ging. Das Ergebnis dieser GEW-Aktion war ein "Runder Tisch Schulreinigung". Zumindest wurden in den folgenden Monaten die Reinigungspläne transparent gemacht, Kommunikationswege verbessert und eine Schmutz-Hotline eingerichtet.

Nun soll es zur Verbesserung des Hygienezustandes der Toilettenanlagen einen Modellversuch geben. Schulen können per Mail die "Putzfeuerwehr bestellen", die innerhalb von zwei Stunden tätig wird.

Wenn also durch die Nutzung bereits nach der 1. Pause aus Sicht der Schule eine Zwischenreinigung notwendig ist, sollte der Hausmeister unverzüglich tätig werden.

Zitat GMW: "Hierbei ist es zunächst nicht relevant, ob ein Malheur, eine bewusst/gewollt herbeigeführte Verschmutzung oder intensivere Nutzung den Bedarf auslöst."

Es empfiehlt sich z.B. mit der zuständigen Pausenaufsicht Regularien abzusprechen, so dass der Hausmeister die entsprechende Mail zügig absetzen kann.

GEW: Ziel ist zuverlässige zweite tägliche Reinigung

Bitte sorgt mit dafür, dass eure Schule regen Gebrauch von diesem Modell macht, um die Notwendigkeit einer zweiten Reinigung deutlich zu machen! Denn das sollte natürlich unser Ziel bleiben.

Hier die Mailadresse für die Meldung des Hausmeisters:

sonderreinigung@gmw.wuppertal.de

GEW zur Schulentwicklung

Eckpunkte Schulentwicklungsplanung 2018-2022

// Die Eckpunkte für die Schulentwicklungsplanung, die im Dezember 2017 in den Rat eingebracht und bereits am 12.3.2018 ohne Veränderung beschlossen wurden, bringen hinsichtlich einer gut durchdachten und zukunftsweisenden Schulentwicklung in unserer Stadt leider nur wenige Erkenntnisse. //

Schulentwicklungsplanung in einem zeitgemäßen Verständnis muss mehr sein als eine grobe quantitative Analyse der Entwicklung von Schülerzahlen sowie die oberflächliche Bewertung von im Wesentlichen bereits bestehenden Raumkapazitäten und Standorten.

Es rächt sich jetzt auch, dass Rat und Verwaltung die Schulentwicklungsplanung nicht kontinuierlich gründlich fortgeschrieben haben und immer nur kurzfristig auf sich gerade ergebende Notwendigkeiten reagiert haben.

So müssen die Wuppertaler Grundschulen schon lange große Herausforderungen stemmen, die nicht nur im Zusammenhang mit der verstärkten Zuwanderung von Familien aus EU-Staaten und von Flüchtlingsfamilien stehen.

Grundschulen brauchen pädagogisch durchdachte Gebäude

Die Folgen der Inklusionsgesetzgebung und die sich daraus ergebenden Anforderungen an inklusive Schulgebäude, der weiter wachsende Bedarf an Plätzen für die Ganztagsbetreuung und die schwierige Situation der Grundschulen in sozialen Brennpunkten machen deutlich, dass es in Zukunft nicht ausreicht, in bereits bestehende, renovierungsbedürftige Schulgebäude zu investieren, nur weil es einen geringeren Aufwand als die Planung und Findung geeigneter neuer Grundstücke bedeutet.

Dazu muss eine langfristige und nachhaltige Schulentwicklungsplanung viel deutlicher die komplexen sozialräumlichen Strukturen dieser Stadt berücksichtigen, um mehr als bisher Bildungsgerechtigkeit, Teilhabemöglichkeiten und Chancengleichheit für alle Kinder unserer Stadt zu erreichen.

Steuerung gegen Schultourismus

Dazu gehören nach Auffassung der GEW Wuppertal auch lenkende Steuerungsmaßnahmen zum Beispiel durch die Wiedereinführung der Schulbezirksgrenzen. Das würde dazu beitragen, Schultourismus zu vermeiden und soziale Mischung zu fördern, eine Grundvoraussetzung, um benachteiligten Kindern Chancen zu ermöglichen. Wir setzen uns außerdem für die Einführung eines schulbezogenen Sozialindex ein, der die individuellen Bedürfnisse einer Grundschule besser berücksichtigt als die bisher angewandte Wuppertaler Sozialkarte. Schulen in sozialen Brennpunkten müssen die bestausgestatteten in der Stadt sein!

Es kann keine gute Lösung sein, neue Grundschulen in überalterten Gebäuden, in sozial benachteiligten Stadtteilen einzurichten, die dann noch in Konkurrenz zu 500 m entfernten bestehenden Grundschulen stehen, so wie z.B. bei der geplanten Errichtung neuer Schulen in der Eichenstraße und der Hufschmiedstraße. Gegen diese spezielle Planung spricht auch die Situation der Förderschulen. Ein damit verbundener Umzug des Teilstandorts der Förderschule Lernen von der Eichenstraße in die umfangreich zu sanierende Bartholomäusstraße halten wir für keine gute Idee.

Es gäbe in ganz Barmen – wie bereits in Elberfeld - nur noch einen Standort für eine Förderschule Lernen, der zusätzlich noch die Schwerpunkte Sprache, emotionale und soziale Erziehung und geistige Entwicklung teilweise mit abdeckt. Die Schüler*innen, darunter auch Schulanfänger*innen mit erheblichen Defiziten, müssten selbstständig sehr weite Schulwege mit öffentlichen Verkehrsmitteln bewältigen. Das Gebäude Bartholomäusstraße wird bereits ietzt vom Hauptstandort der Helene-Stöcker-Schule, Lentzestraße, genutzt, so dass der Schulraum auch nicht ausreichend sein dürfte. Die Schule wäre also weiterhin in zwei Gebäuden untergebracht, würde iedoch den jetzigen Vorteil einbüßen, dass die Dependance für einen Teil der Schüler*innen besser zu erreichen ist als die Hauptstelle. Zusammengefasst bedeutet das für die betroffenen Förderschulen keinerlei Verbesserung sondern nur Verschlechterungen. Wenn schon ein Teilstandort aufgegeben werden soll, kann die Alternative nur ein zentraler und adäguater Standort sein.

Zu begrüßen ist in diesem Zusammenhang die geplante Verlagerung der Schule am Nordpark in das Schulgebäude Am Röttgen. Hier könnte auch geprüft werden, ob das Gebäude der Schule Am Nordpark nach dem Umzug eine bessere Alternative für die Helene-Stöcker-Schule bedeutet.

Im Fall der geplanten Grundschule in Heckinghausen im völlig heruntergekommenen Gebäude der Gewerbeschulstraße sollte überdacht werden, ob hier nicht durch einen Neubau ein Zeichen für moderne,



zukunftsweisende, inklusive pädagogische Architektur gesetzt werden kann.

Gebundene Ganztagsschule als Chance für Wichlinghausen

Zukunftsweisend könnte die Stadt auch in Wichlinghausen agieren. Warum gerade hier die Chance vertan werden soll, eine gebundene Ganztagsgrundschule zu errichten, ist für uns nicht nachvollziehbar. In diesem sozial benachteiligten Stadtteil hat eine strukturierte Ganztagsgrundschule unschätzbare Vorteile gegenüber einer nachmittäglichen Betreuung, die vom Unterricht abgekoppelt ist und nicht allen Schüler*innen zur Verfügung steht. Die GEW fordert die Stadt weiterhin auf, die neue Grundschule in Wichlinghausen als gebundene Ganztagsgrundschule einzurichten.

Gesamtschule im Osten muss kommen

Unbefriedigend sind auch die Eckpunkte für die weiterführenden Schulen. Für die GEW ist es völlig unverständlich, dass zwar von der Notwendigkeit einer neuen sechszügigen weiterführenden Schule im Osten der Stadt gesprochen wird, die Schulform aber offen gelassen wird, so als würde es nicht seit Jahr und Tag klar sein, dass 300-400 Eltern einen Gesamtschulplatz für ihre Kinder wünschten und wünschen werden, ihn aber nicht erfüllt bekamen. Diese Eltern wollen ein längeres gemeinsames Lernen für ihre Kinder und ein überzeugendes Signal der Stadt, dass sie diesem Wunsch Rechnung trägt.

Gerade angesichts der bekannten Sozialstruktur der nun wachsenden Schülerzahlen ist die Gesamtschule, die alle Wege bis zum Abitur offen hält auch für Kinder, die sich erst später entwickeln oder auf Grund ihrer Biografie benachteiligt sind, unverzichtbar.

Wir können nicht nachvollziehen, warum die Stadt zusätzliche zwei Züge an Realschulen planen will, obwohl doch ca. 25 % der Schülerschaft der Realschulen aus abgelehnten Gesamtschüler*innen besteht. Eine Erweiterung der Realschule im Schulzentrum Süd halten wir auch deshalb für problematisch, weil damit in dieser Stadtrandlage eine Zentrierung von weit mehr als 2500 Schüler*innen geplant wird. Die GEW setzt sich dagegen für stadtteilnahe Beschulung in überschaubarer Größenordnung ein.

Auch von den fünf Hauptschulen vermittelt die Stadt kein realistisches Bild. Sie werden am Leben gehalten durch abgelehnte Schüler*innen der Schulform Gesamtschule (ca. 65 %), durch überproportionale Aufnahme von zugewanderten Kindern und Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf und ab Klasse 7 von "Abgeschulten" aus anderen Schulformen.

Angesichts dieser Situation sollte man dringend davon Abstand nehmen, der Hauptschule Barmen-Südwest wiederum eine Dependance zuzumuten, zumal u. W. das Berufskolleg Am Haspel auf die Anzahl der Fachräume, die in der Ritterstraße vorgehalten werden, angewiesen ist.

Zusammenfassung der wichtigsten geplanten Maßnahmen

Grundschule

- Nutzung Gebäude Hufschmiedstr. (ehemals Förderschule Lernen) als Grundschule
- Nutzung Gebäude Eichenstr. 59 (ehemals Förderschule Lernen, jetzt Dependance Förderschule Lentzestr.) als Grundschule
- Nutzung Gebäude Gewerbeschulstr. (jetzt Dependance der Hauptschule Barmen-Süd-West als Grundschule
- Nutzung Gebäude Matthäusstr. (jetzt Hauptschule Matthäusstr.) als Grundschule

Förderschule

- Verlegung Dependance Eichenstr. in Gebäude Bartholomäusstr.
- Verlegung Schule am Nordpark in Gebäude Hauptschule am Röttgen

Hauptschule

- Verlegung Hauptschule Wichlinghausen in Gebäude Hauptschule Dieckerhoffstr.
- Verlegung Dependance Gewerbeschulstr. der Hauptschule Emilienstr. in Gebäude Ritterstr.
- Ggfs. weitere Errichtung einer Dependance einer Hauptschule

Realschule

- Erweiterung Realschule im Schulzentrum Süd um einen Zug
- Erweiterung Realschule im Schulzentrum Ost um einen Zug
- Flächenerweiterung Realschule Vohwinkel

Gymnasien

• Erweiterungsmaßnahmen, wenn G 9 wiedereingeführt wird

Eine Sitzung des Schulausschusses

// Eine wie immer umfangreiche Tagesordnung versprach eine interessante Sitzung des Schulausschusses am 28.2.2018. //

Zunächst erfolgte ein kurzer Vortrag zum Schulmittagessen von Frau Espeter, Vernetzungsstelle Schulverpflegung NRW, die am Beispiel von Oberhausens die Unterstützungsarbeit schilderte. Dort wurde ein kommunales Verpflegungskonzept erarbeitet, das quantitativen wie qualitativen Anforderungen standhalten kann. Eine besondere Rolle spielte dabei "gesundes Essen". Herr Alischewski, Mensaverein Ronsdorf, konnte sehr gut daran anknüpfen, als er über die jahrzehntelange Arbeit und die guten Leistungen des Mensavereins Ronsdorf an der Erich-Fried-Gesamtschule berichtete. Beeindruckend war unter anderem, dass 80 % der verwendeten Lebensmittel in dieser Mensa aus biologischem Anbau stammten, was von den Schüler*innen überwiegend gut angenommen wird und preislich erschwinglich ist.

Erstaunlich, dass der Ausschuss sich diese Berichte wortlos anhörte, keine Fragen hatte und die Finanzierung des Schulmittagessens - ein brisantes ungelöstes Problem - hierbei nicht zur Sprache kam. Die Schulausschussvorsitzende Frau Warnecke stellte lediglich allgemein höflich formuliert in Aussicht, das Angebot der Vernetzungsstelle für Wuppertal in Anspruch zu nehmen.

Schulentwicklung bis 2022 - Schweigen bei SPD und CDU

Man sollte meinen, dass die "Eckpunkte für die Schulentwicklung 2018 – 2022" einigen Diskussionsstoff enthielten. Doch dies kam leider nicht zum Tragen, weil sich die Ratsvertreter der "Großen Kooperation" aus CDU und SPD völlig heraushielten.

Von dem sachkundigen Bürger der Grundschulen, Richard Voß, wurde richtigerweise angemerkt, dass diese Eckpunkte den Eindruck vermittelten, die Planung der Schulentwicklung würde vorrangig vom Gebäudemanagement betrieben und geleitet. Pädagogische Gesichtspunkte sowie dringender Handlungsbedarf in den Quartieren würden nur aus der Not heraus berücksichtigt und es würde nicht wirklich perspektivisch und zukunftsgerichtet gehandelt. Das wurde von den Vertretern der FDP, Grünen und Linken bekräftigt.

Einig waren sich (fast) alle im Schulausschuss vertretenen Parteien, dass im Wuppertaler Osten der Neubau einer sechszügigen Schule

benötigt wird. Allerdings sprach nur Gunhild Böth, Die Linke, aus, dass es sich hierbei nur um eine Gesamtschule handeln kann.

Die Standortfrage ist nicht einfach, aber da war vielleicht der Hinweis von Susanne Bender-Holl, sachkundige Bürgerin für Gesamtschulen, hilfreich, dass ein Standort gefunden werden muss, der keine Konkurrenzsituation für bestehende Gesamtschulen bedeutet, vor allem für solche, die unter besonders schwierigen Bedingungen arbeiten. Man sollte über den Stadtteil Heckinghausen als Standort nachdenken.

Insgesamt hatte ich bei dem Thema Schulentwicklung den Eindruck, dass durch das gewählte Verfahren, zunächst die Vorlage in den Rat der Stadt Wuppertal im Dezember 2017 einzubringen, dann die Befassung aller Bezirksvertretungen und weiterer Ausschüsse vorzunehmen und dann erst zum Schluss den eigentlichen Fachausschuss - den für Schule und Bildung - damit zu befassen, keine Diskussion mehr "notwendig" und gewünscht war.

Meinem Hinweis als sachkundiger Bürger für die Berufskollegs, eine andere Nutzung des Standortes Ritterstraße des Berufskollegs am Haspel nur dann zuzustimmen, wenn alle räumlichen, baustatischen und finanziellen Voraussetzungen für einen Umzug an die Dependance am Kothen gegeben seien, stimmte Schuldezernent Dr. Kühn zu. Er verband das mit dem Hinweis auf die Lernfähigkeit und Flexibilität der Schulverwaltung, das Gebäude am Kothen bei dem jetzt erkennbaren Raumbedarf nicht leichtfertig aufgegeben zu haben. Das war aber nach meiner Überzeugung bereits erkennbar aufgrund der Schülerzahlprognose der 16 bis 25-jährigen von 2015 - vor dem Anstieg der Zuwanderung.

Nicht zuletzt das Thema der Digitalisierung (Anfrage der FDP) ließ erkennen, dass bei denen der Stadt als "digitale Modellkommune" zugewiesenen Mitteln noch nicht wirklich an den Bildungsbereich gedacht worden ist. Zwar ist die Ausstattung mit digitaler Hardware an den Schulen nicht schlecht. Aber ob die "vom Medienzentrum zentral zu verwaltende IT-Infrastruktur" wirklich eine "verlässliche Basis für die pädagogische Arbeit" bietet, wird erst die Zukunft zeigen, die sich daran messen lassen muss, ob es gelingt, ähnlich wie in Paderborn (Zusammenarbeit mit Hochschule und dem Unternehmen Nixdorf), eine "Lernstatt" zu schaffen.

Alles in allem eine tatsächlich interessante Schulausschusssitzung. Nur schade, dass sich die Vertreter von CDU und SPD fast aus allem heraushielten und den Eindruck vermittelten, die Entscheidungen sind längst getroffen – kein gutes Beispiel für kommunale Demokratie! Rolf Kruwinnus-Rausch

GEW & Inklusion in der Diskussion

Zuschriften an die "also"-Redaktion

// Gerne folge ich eurer Aufforderung zur Diskussion über dieses wichtige Thema, das meiner Einschätzung nach viel zu wenig Beachtung gefunden hat und schon im Vorfeld des Gewerkschaftstages breit hätte diskutiert werden müssen. Nun ist der Beschluss da und die Unruhe darüber groß. //

Ich jedenfalls habe noch kein einziges GEW-Mitglied aus dem sonderpädagogischen Bereich getroffen, das sich einigermaßen positiv dazu geäußert hätte. Ganz im Gegenteil, alle sind verständnislos bis wütend über die Verkündung: "Inklusion ist alternativlos", und alle fragen sich: Wie weit haben sich unsere Delegierten, die so etwas beschließen, denn von der Schulpraxis entfernt?

Wieso bin ich noch GEW-Mitglied und finanziere mit meinem Beitrag die realitätsferne und unsinnige Forderung nach der Abschaffung der Förderschule?

Warum sollte ich bei Personalratswahlen für die GEW stimmen, die meinen Arbeitsplatz abschaffen will?

Weshalb diskriminiert meine Gewerkschaft meine mit Überzeugung und Herzblut täglich geleistete Arbeit an der Förderschule als selektierend und ineffektiv?

Wieso werden die immensen Nachteile und Schwächen der "Inklusion" nicht gesehen?

Warum überhaupt benutzt man so unkritisch den Begriff Inklusion, obwohl de facto bestenfalls Integration stattfindet, viel zu häufig Nebeneinander statt Miteinander und oft genug schlicht und ergreifend Selektion?

So viele Fragen.

Hier einige Antworten aus meiner ganz persönlichen Sicht, der ich einerseits gesehen wurde als der dumme Tropf, der den Ast Sonderschule, auf dem er sitzt, abzusägen gedenkt (ca. 1975) und andererseits als einer der letzten "pensionsreifen Betonköpfe" (Originalton ca. 2005), der dem gemeinsamen Unterricht in Wuppertal da noch im Wege stand, weil er adäquate Förderbedingungen zur notwendigen Voraussetzung erklärte.

Im Gegensatz zu den Lehrerverbänden fordert unsere GEW eine Schule für alle und somit auch ein integratives Bildungssystem, ganz im Sinne dessen, wie es die Behindertenrechtskonvention (BRK) im Artikel 24 postuliert. ("Inclusive" heißt es im englischen Originaltext der BRK, mit "integrativ" ins Deutsche übersetzt.)

Es reicht somit nicht der bloße Zugang zu einem "hochwertigen und unentgeltlichen Unterricht", so muss sich der Kollege Rehbein von der Kollegin Hoffmann belehren lassen, sondern das Bildungssystem muss integrativ sein und "Menschen mit Behinderungen" (und erst recht solche mit Benachteiligungen, WL) "gleichberechtigt mit anderen, in der Gemeinschaft, in der sie leben," aufnehmen.

Soweit die BRK der Vereinten Nationen, vom deutschen Bundestag übernommen, wenn auch in einer Nachtsitzung mit gerade mal 50 Teilnehmer*innen.

Das heißt ja wohl, ein*e jegliche*r (*Sternchen diesmal ganz wichtig!) geht in die Grund- oder Gesamtschule in seiner* Stadt, sprich in die nächstgelegene allgemeine Schule seiner* Altersstufe. Und nicht etwa in eine besondere Schule, weil er* besondere Bedürfnisse hat, aber ebenso wenig wird er* in eine "Schwerpunktschule" gebracht, weil dort eine zusätzliche Lehrkraft sitzt.

Unser Bildungssystem ist nicht integrativ

So, und das wäre dann wohl Inklusion, wenn alle Grund- und Gesamtschulen alle Kinder und Jugendlichen mit Behinderung und/oder Benachteiligung in ihrem Bezirk aufnehmen würden und keine Real-, Haupt-, Sekundarschulen und vor allem keine Gymnasien mehr existierten. Und genau davon sind wir derzeit noch meilenweit entfernt.

Und Inklusion wäre auch das noch lange nicht, denn der besagte Artikel 24 der UN BRK geht noch weiter und fordert ausdrücklich und eindeutig, dass "wirksame individuell angepasste Unterstützungsmaßnahmen in einem Umfeld, das die bestmögliche schulische und soziale Entwicklung gestattet, angeboten werden" müssen.

Dass wir dieses hohe Ziel schon erreicht hätten, ist für mich auch beim besten Willen nicht zu erkennen

Unser Bildungssystem ist nicht integrativ und es bietet keineswegs die erforderliche Unterstützung für eine bestmögliche Entwicklung, weder für den mehr oder weniger unproblematischen Teil der Schülerschaft, noch für den wie auch immer benachteiligten, schon gar nicht für den Teil der Schüler mit einer Behinderung.

Abzulesen ist dies u. a. an der steigenden Zahl der "Inklusionsopfer", die zur Förderschule wechseln. Aus Sicht und Erfahrung dieser bzw.



ihrer Eltern erfüllt die Förderschule den Geist des Artikels 24 der BRK wohl besser. Man könnte vieles mehr anführen, z. B. die Erfahrungen von Lehrkräften, die sowohl in der Förderschule als auch in der "Inklusion" arbeiten (und sich dort teilweise als "Flüsterpädagogen" empfinden). Man könnte sich fragen, warum denn die Damen Kraft und Löhrmann abgewählt wurden, ihr Engagement für das gemeinsame Lernen hat ihnen offenbar nicht viel genutzt.

Kurzum, der Beschluss des Gewerkschaftstages, gefasst im Jahre 2017, ist äußerst unklug und schädlich.

Nichts gegen ein integratives Bildungssystem mit optimalen Lernbedingungen, auch und vor allem für Menschen mit Behinderung, ganz im Gegenteil!

Jetzt aber schon die Abschaffung der Förderschulen als Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft zu fordern, ist eine Steilvorlage für alle Finanzminister und Sparkommissare, gleichzeitig ein Schlag ins Gesicht für eine große Anzahl von Mitgliedern und Wasser auf den Mühlen der konkurrierenden Verbände.

Deshalb aus der GEW austreten? Aus meiner Sicht wäre das ebenso falsch wie es der unselige Beschluss ist.

Dieser Beschluss ist die falsche Forderung zur falschen Zeit. Die Forderung nach einem integrativen Schul- und Bildungssystem mit bestmöglicher Förderung für alle hingegen ist grundsätzlich nach wie vor sehr wohl richtig.

Als Arbeitnehmer*innen gehören wir weiterhin in die zuständige starke und solidarische Gewerkschaft, um unsere Interessen gemeinsam durchzusetzen. Also, anstatt auszutreten müssen wir in der GEW wieder mehr die Klappe aufmachen und unseren Funktionären und Delegierten mehr auf die Füße oder sonst wohin treten.

Deshalb, Kollege Rüdiger Rehbein: Respekt und danke!

Aber: Wie hat denn unsere Fachgruppe Förderschule auf den Beschluss reagiert? Gab es nicht auch mal einen Arbeitskreis Inklusion?

Wo bleibt der Brief des Stadtverbandes an den Landesvorstand und den Hauptvorstand?

Wilhelm Lohmann

GEW & Inklusion in der Diskussion

Zuschriften an die "also"-Redaktion

// Lieber Kollege Rehbein, mein heute 38 jähriger Sohn hat 12 Jahre lang die Christian-Morgenstern-Schule besucht und dort in kleinen Lerngruppen die von dir angesprochene gute Förderung erfahren. Zahlreiche schulische Aktivitäten und Fördermaßnahmen haben ihn stark fürs Leben gemacht. Die Atmosphäre an der Schule war hervorragend, und ich verstehe jeden Kollegen, den der Gedanke an eine Abschaffung von Förderschulen traurig und unglücklich stimmt. //

Wie du weißt, schafft es aber auch die beste Förderschule nicht, alle bei Schülern vorhandenen Besonderheiten, Auffälligkeiten oder Lerndefizite zu beheben. Die Betroffenen selbst lernen im besten Fall, damit umzugehen und für sich Lösungen zu finden.

Aber was ist mit der Gesellschaft?

Wie lernen Freunde, Familie, Nachbarn, Kirche, Arbeitgeber mit diesen Besonderheiten eines Menschen umzugehen?

Wenn sie nicht unmittelbar betroffen sind, überhaupt nicht! Nach 38 Jahren weiß ich genau, wovon ich rede.

Ich bin es unendlich leid, allen möglichen Menschen erklären zu müssen, dass bzw. welche Besonderheiten mein Sohn hat, dass von ihm keine Bedrohung ausgeht und ja, dass man ihn ansprechen kann etc.

Inklusion ist die einzige Chance, eine echte gesellschaftliche Integration zu erreichen.

Wenn Kinder von klein auf lernen, Menschen mit Auffälligkeiten und Besonderheiten in ihrem Sosein zu akzeptieren, wird sich das im Erwachsenenleben fortsetzen. Mir fiele ein Stein vom Herzen - und nicht nur mir!

Ganz klar ist für mich dabei, dass Inklusion nur gelingen kann, wenn die Minimalforderung der GEW 20+5+2 durchgesetzt werden kann.

Unbedingt zu vermeiden ist ein Sparmodell Inklusion , wie es in den vergangenen Jahren an zu vielen Schulen praktiziert wurde. Dieses ist kontraproduktiv und fördert die Ausgrenzung.

Mit herzlichem Gruß

Susanne Peters

Ethikunterricht an Grundschulen

Modellprojekt für Wuppertal?

// Die CDU-FDP-Landesregierung will laut Koalitionsvertrag, den "Ethik-Unterricht an Grundschulen ermöglichen", hat aber kürzlich einen gleichsinnigen Antrag der Grünen im Landtag abgelehnt. //

Nun gibt es in Wuppertal Bestrebungen, für ein Modell-Projekt in der Stadt zu werben. Fakt ist, dass von insgesamt 12.769 Schülerinnen und Schülern im Schuljahr 2017/2018 3.173 Kinder ohne Konfession sind, so laut Stadt Wuppertal. Das sind fast 25 % aller Grundschüler*innen im Tal. Wie die Verhältnisse an den Grundschulen im Einzelnen aussehen oder wie es um den Elternwillen bestellt ist, wird von der Stadt bisher nicht gefragt. Auch für die rund 25% muslimischen Schüler*innen ist die Situation keinesfalls zufriedenstellend. Deren weltanschauliche Unterweisung ist zwar formal "eingeführt", findet aber nur an wenigen Grundschulen statt.

Viele Lehrkräfte und Schulleitungen würden gerne ihren konfessionsfreien Schüler*innen eine sinnvolle Alternative für die Unterrichtszeit bieten, die sonst während des Religionsunterrichtes nutzlos verstreicht. Aber seitens des Ministeriums gibt es keine personellen Ressourcen und auch keine Fortbildungen dazu.

Auch die GEW hatte zum Gewerkschaftstag in Freiburg und auch in NRW die gewerkschaftliche Forderung nach allgemeinem "bekenntnis-unabhängigen Werteunterricht in der Grundschule" bekräftigt. Die Wuppertaler Fachgruppe Grundschule hat sich kürzlich ebenfalls mit dem Thema beschäftigt.

Eine entsprechende Unterstützung und Vorbereitung durch das Ministerium wäre von großer Bedeutung. Die Lehrer*innen können die möglichen Änderungen in Stundentafel und Wochenablauf sonst nicht schultern.

Der Humanistische Verband Wuppertal hat nun vorgeschlagen, einen Runden Tisch "Ethik-Unterricht in Wuppertal" zu initiieren. Er will Eltern und Lehrkräfte in Wuppertal unterstützen, bekenntnisunabhängigen Werteunterricht zu erreichen. So will er z.B. eine thematischen Veranstaltung "Philosophieren mit Kindern" anbieten. Bei Interesse kann man sich hier melden: hvd-wuppertal@gmx.de

Infos auch hier: www.ethik-unterricht-wuppertal.de

Hans-Peter Schulz











Jahresausklang der GEW Wuppertal im Dezember 2017

jubeln feiern zaubern schmausen spenden für Nicaragua



Senior*innen auf dem Ölberg

... und im Bouldercafé Bahnhof Blo

// 50 jähriges Jubiläum begeht das Treffen der Senior*innen in der GEW noch lange nicht, aber 50 Teilnehmer*innen waren der Einladung zu einem Spaziergang am 16.11.2017 über den Ölberg und dem anschließenden Kaffeetrinken im Café "Bahnhof Blo" gefolgt. //

In zwei geführten Gruppen startete der Rundgang am Mahnmal für die Opfer des Nationalsozialismus im Deweerth'schen Garten. Zunächst ging es an der privaten Herderschule vorbei, der ehemaligen Villa der Familie Schmits, einer "Textilfamilie". Die Villa wurde ab 1872 zunächst eine Schule für Töchter der "besseren Gesellschaft", heute werden dort Mädchen und Jungen unterrichtet. Böse Zungen behaupteten lange, die Schüler*innen könnten dort ein "Scheckbuchabi" erwerben.

Am Ende der Luisenstraße begann der eigentliche Einstieg zum Ölberg über die Ottenbrucher Straße. Der Weg führte an bürgerlichen Häusern vorbei, erinnert wurde an so manche Szenekneipe, an die sich auch etliche Teilnehmer*innen noch gut aus Studentenzeiten erinnern konnten.

Auf dem Kopf der Straße steht eins der fünf Wuppertaler Bügeleisenhäuser aus der Gründerzeit zwischen 1860 und 1880. Weiter abwärts Richtung Marienstraße nennt man das Gebiet "englisches Viertel" mit Stegen und kleinen Brücken zu den Hauseingängen. Es entstand etwa zwischen 1900 und 1914. An der unteren Marienstraße begegneten uns dann wieder bürgerliche Häuser der Gründerzeit.

Seit mittlerweile etwa 150 Jahren wohnen auf dem Berg "Migranten", also zugewanderte Menschen. Früher kamen aber zunächst z.B. Arbeiter aus dem Sauerland, die hier in Wuppertal Arbeit fanden. Der "Ölberg" war der letzte Bezirk in Wuppertal, der mit Strom und Gas versorgt wurde. Dort gab es am längsten Straßenlampen, die mit Öl oder Petroleum betrieben wurden.

In dem Arbeiterviertel gab es früher in den Kellern Sammellager der Genossenschaft "Vorwärts". Heute wohnen auf dem Ölberg Menschen aus über 40 Nationen friedlich zusammen. Das ehemalige Arbeiterviertel hat sich gemausert. Mittlerweile gibt es hier zahlreiche In-Kneipen, Restaurants und hippe Geschäfte – Weinladen, Siebdru-

ckerei, Taschenmanufaktur, Confiserie und Café, Schreinersuse, Eisdiele, Ateliers, Galerien ... Am besten man geht hin, sieht sich um ... fühlt sich eingeladen ... und setzt sich.

Buntes Leben bringen auch die verschiedenen Angebote wie der regelmäßig stattfindende Ölbergmarkt auf dem Otto-Böhne-Platz, auf dem man freitags Produkte aus der Region kaufen kann oder der Kunsthandwerkermarkt. In der Künstlerkneipe "Stilbruch" finden nicht nur kulturelle Veranstaltungen statt, sondern sie ist ein sozialer Ort, in dem Foodsharing angeboten wird.

Bekannt ist der Ölberg vor allem aber auch mit seinem "Ölbergfest", das als Nachbarschaftsfest begann und inzwischen zu einem absoluten Renner geworden ist. Hier trifft sich dann ganz Wuppertal. Ein besonderes Angebot ist immer wieder auch "Der Berg liest". Überall auf dem Berg wird an dem Tag gelesen. In Wohnungen, Geschäften, Lokalen, im Freien und an manchem skurrilen Ort von Menschen, die Spaß am Lesen haben, für Menschen, die offen sind und Freude am Zuhören haben. Das sollte man miterleben. Ich könnte noch viel mehr schreiben. Und mancher konnte auch noch mehr erzählen, als die Stadtführer zu berichten wussten. Auf den Ölberg muss man einfach gehen und ihn erleben.

Nachdem die Stadtführer*innnen uns an der Friedhofskirche - der zweitgrößten evangelischen Kirche im Rheinland – entlassen hatten, bummelten wir in kleinen Grüppchen plaudernd zum Café "Bahnhof Blo". Birgit und ich freuen uns auf das nächste Treffen mit euch!

Inge und Birgit



Die GEW Wuppertal gratuliert

Besondere Geburtstage von Januar bis März 2018

Unsere Jüngste

22 Jahre

Julia Schnäbelin

30 Jahre

Jessica Kreutz Evangelia Sarah Lenteri Frederike Rahmede Ramona Scherer Ruth Schimanski Kerstin Spieker Sarah Westram

40 Jahre

Robert Bohne Nilhan Dalay Jasmin Striboll Öznur Tuna

50 Jahre

Christoph Balzer
Ille Golissa
Volker Harjes
Kerstin Heidemann
Markus Neubert
Sabine Pasenau
Anja Schäfer
Kirsten Schatz

60 Jahre

Dr. Susanne Achterberg
Petra Arnold
Monika-Renate Bani Amer
Helmut Behrens
Klaus Bermes
Walter Bonn
Adelheid Enkler
Michael Pollmann
Thomas Rieth
Sabine Scheifers
Sonja Temme
Petra Tesche
Michael Wenzel

70 Jahre

Hans Halbach
Brigitte Jäger
Klaus Jankowski
Margot Klingenhäger-Messerschmidt
Lothar Kraschinski
Edeltraud Kroemer
Wolfgang Smolla
Prof. Dr. Heinz Sünker
Birgit vom Endt

80 Jahre

Horst Bremer Marianne Schmitz

82 Jahre

Sigrid Britten-Menne



Fortbildungen und Beratungen

Integrationsgesetz: Was müssen Lehrkräfte wissen?

Ausbildungsduldung, Wohnsitzregelung, Duldung etc.: All das hat Auswirkungen auf unsere zugewanderten Schüler*innen.

GEW Stadtverband Wuppertal

Donnerstag | 19.04.2018 | 13.30 - 16.00 Uhr

GEWerkschaftsladen, Paradestr. 21, 42107 Wuppertal

Referentin: Birgit Naujoks, Flüchtlingsrat NRW

Anmeldung: wuppertal@gew-nrw.de

Anmeldeschluss: 12.04.2018 | Kosten: keine

Teilzeitbezahlung - aber keine Teilzeitarbeit?

Gestaltungsmöglichkeiten von Teilzeitarbeit, Probleme, Wege für die Umsetzung schulinterner Teilzeitkonzepte

GEW Kreisverband Mettmann

Donnerstag | 26.04.2018 | 16.30 - 18.00 Uhr

Förderschulzentrum West, Goethestr. 34, 40882 Mettmann

Referent: Ulrich Jacobs

Anmeldung: mettmann@gew-nrw.de Anmeldeschluss: 23.04.2018 | Kosten: keine

Alles neu bei der "Dienstlichen Beurteilung"

Probezeit noch nicht beendet? Beförderung steht vor der Tür? Es gibt neue Regelungen ab dem 1.1.2018 - wir informieren Sie.

GEW Stadtverband Wuppertal

Montag | 07.05.2018 | 16.30 - 18.00 Uhr

GEWerkschaftsladen, Paradestr. 21, 42107 Wuppertal

Referent: Richard Voß

Anmeldung: wuppertal@gew-nrw.de Anmeldeschluss: 03.05.2018 | Kosten: keine

Resilienz - Starke Lehrer scheitern smart

Wie Sie die Fähigkeit des smarten Scheiterns - Ihre persönliche Resilienz - steigern und dauerhaft festigen können.

GEW Stadtverband Wuppertal

Dienstag | 05.06.2018 | 13.30 - 16.00 Uhr

Alte Feuerwache, Gathe 6, 42107 Wuppertal

Referent: Norbert Fischer

Anmeldung: wuppertal@gew-nrw.de

Anmeldeschluss: 30.05.2018 | Kosten: GEW 0 € | Nicht-GEW 10 €

Arbeit mit dem Klassenrat

Theorie und Praxis, Strategien zur Überwindung von Hürden im Schulalltag - geeignet für alle Schulstufen

GEW Stadtverband Solingen

Donnerstag | 14.06.2018 | 15.30 - 17.00 Uhr

GS Uhlandstraße, Uhlandstr. 52, 42699 Solingen

Referent: Dr. Oskar Brilling

Anmeldung: solingen@gew-nrw.de

Anmeldeschluss: 07.06.2018 | Kosten: GEW 0 € | Nicht-GEW 10 €

Teilzeitbezahlung - aber keine Teilzeitarbeit?

Gestaltungsmöglichkeiten von Teilzeitarbeit, Probleme und Wege für die Umsetzung schulinterner Teilzeitkonzepte

GEW Stadtverband Wuppertal

Montag | 18.06.2018 | 16.30 - 18.00 Uhr

GEWerkschaftsladen, Paradestr. 21, 42107 Wuppertal

Referent: Ulrich Jacobs

Anmeldung: wuppertal@gew-nrw.de

Anmeldeschluss: 14.06.2018 | Kosten: keine

Otros Mundos

Workshop-Angebote für junge Menschen

// Wir bieten Jugendgruppen und Schulklassen in den Jahren 2018 und 2019 Workshops zu globalen Zusammenhängen an. In diesen reflektieren junge Menschen anhand selbst gewählter Themen gesellschaftliche Machtverhältnisse und globale Ungleichheiten. //

Wir setzen interaktive und partizipative Übungen ein, damit sich junge Menschen zielgruppengerecht an das Thema des Workshops annähern können. Dabei knüpfen wir an den Interessen und Erfahrungen der Teilnehmer*innen an und stellen das Lernen an konkreten Beispielen in den Mittelpunkt. Spaß, die Verbindungen zur Lebenswirklichkeit junger Menschen, Reflexion sowie die Befähigung zum eigenen Urteilen und Handeln sind für unsere Bildungsarbeit zentral.

Thematische und methodische Basis für unsere Workshops bilden unsere selbstentwickelten und mehrfach ausgezeichneten Bildungsmaterialien des Fokuscafé Lateinamerika.

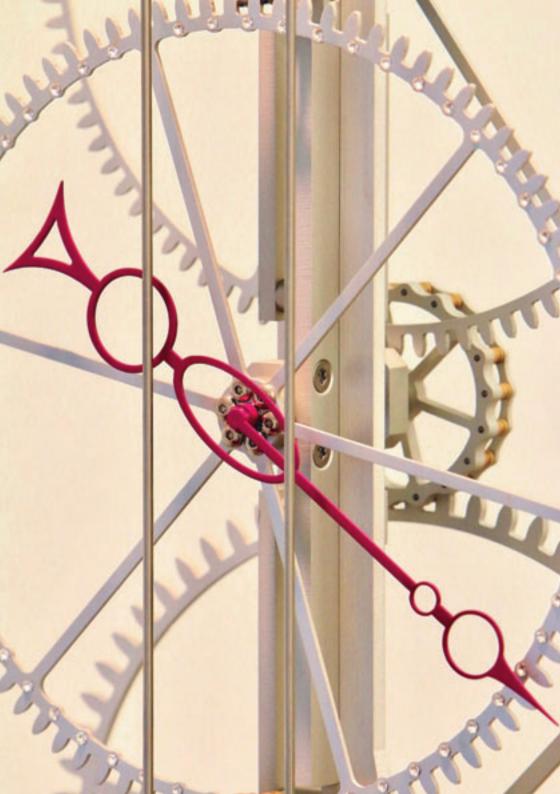
Um unsere Workshops inhaltlich möglichst nah an den Interessen der Teilnehmer*innen zu gestalten, bieten wir vorbereitende Besuche in der Gruppe/Klasse an. Hiermit möchten wir die jungen Menschen in die konkrete Themenwahl des eigentlichen Workshops einbeziehen. Dafür kommen wir gerne ca. zwei Wochen vor dem Workshop für einen Kurzworkshop (ein bis drei Zeitstunden) in die Gruppe/Klasse und stellen verschiedene Themen vor. Die Teilnehmer*innen wählen dann in einem methodisch begleiteten Auswahlprozess das Thema aus.

Unsere Themen:

Kolonialismus | Wirtschaft | Migration | Klimawandel | Klimakon-flikte | Menschenrechte und soziale Bewegungen

Kontakt und weitere Informationen:

Jana Kemper Katrin Konrad Informationsbüro Nicaragua Deweerthstr. 8, 42107 Wuppertal Tel. 0202 . 30 00 30 info@informationsbuero-nicaragua.org www.infobuero-nicaragua.org



Rechte bei befristeter Beschäftigung

Wichtige Infos für eine wachsende Gruppe

// Der GEWerkschaftsladen in Wuppertal war gut gefüllt, denn es gab großes Interesse an dieser Informationsveranstaltung. Bis auf eine Person, hatten alle Anwesenden keine Lehrerausbildung, sondern den Weg als Seiteneinsteiger*innen in die Schule gefunden, auch dies ein Ausdruck des dramatischen Lehrermangels.//

Neu war für viele, dass das Teilzeit- und Befristungsgesetz ausdrücklich ein Diskriminierungsverbot bei Fristverträgen festlegt (§ 4), d. h. man darf wegen der Befristung des Arbeitsvertrages nicht schlechter behandelt werden, als ein vergleichbarer unbefristet beschäftigter Arbeitnehmer.

Recht auf Fortbildung auch für Vertretungskräfte

Überraschend für viele war auch der § 19 dieses Gesetzes, in dem es heißt: "Der Arbeitgeber hat Sorge zu tragen, dass auch befristet beschäftigte Arbeitnehmer an angemessenen Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen zur Förderung der beruflichen Entwicklung und Mobilität teilnehmen können, es sei denn, dass dringende betriebliche Gründe … entgegen stehen."

Etliche Kolleg*innen berichteten, dass Fortbildungswünsche schlicht mit der Begründung "Sie sind hier zur Vertretung eingestellt …" weggewischt würden. Bei Problemen sollten sich Betroffene schleunigst an den zuständigen Personalrat wenden.

Es kam die Forderung auf, dass auch für befristet Beschäftigte spezielle Kurse für eine pädagogische Qualifikation angeboten werden sollten, weil sie erfahrungsgemäß langfristig gebraucht und beschäftigt werden.

Dauerbrenner Ferienbezahlung

Auch hier konnte über Neuigkeiten berichtet werden. Jahrelang haben die Schulbehörden die Vertretungskräfte ohne Bezahlung in die Sommerferien geschickt, eine unsägliche Praxis. Durch Einsatz der GEW konnte erreicht werden, dass die Bezahlung in den Sommerferien nun besser klappt. Im Dezember 2017 wurde erneut eine modifizierte Regelung getroffen:

Die Sommerferien müssen in

folgenden Fällen in die Bezahlung mit einbezogen werden:

- Die befristete Beschäftigung beginnt am 1.2. eines Jahres und ist bis zum letzten Tag **vor** den Sommerferien terminiert.
- Die befristete Beschäftigung beginnt nach dem 1.2. eines Jahres und ist bis zum letzten Tag der Sommerferien terminiert.
- Die befristete Beschäftigung beginnt nach dem 1.2. eines Jahres, ist bis zum letzten Tag vor den Sommerferien terminiert, und es ergibt erst im Laufe der Ferien eine Anschlussverwendung.

Bei den beiden letztgenannten Fallkonstellationen ist als Voraussetzung zu berücksichtigen, dass während der Gesamtdauer der Beschäftigung (ggf. über den 31.12. eines Jahres hinaus) die Unterrichtszeit zur Ferienzeit in einem Verhältnis von mindestens 2,5:1 steht.

Wenn keine Bezahlung der Ferien erfolgt, sollte auf jeden Fall die finanzielle Abgeltung des Urlaubsanspruches beantragt werden. Das erfolgt formlos. Bei Vertragsbeginn z.B. nach den Osterferien ergibt sich bis zu den Sommerferien ein Urlaubsanspruch von ca. 6-8 Tagen, der entsprechend finanziell abgegolten werden muss, wenn z.B. keine Weiterbeschäftigung erfolgt.

Fehlerhafte Einstufung?

Es stellte sich heraus, dass die Schulbehörden oft rigide mit der Anerkennung von beruflichen Vorerfahrungen umgehen. Das kann durchaus gravierende finanzielle Auswirkungen haben, denn der Unterschied zwischen den einzelnen Gehaltsstufen ist erheblich. Da hier jeder Einzelfall geprüft werden muss, bietet die GEW eine Einzelfallprüfung im Rahmen ihrer offenen Beratungsstunde an.

Entfristung möglich?

Breitesten Raum nahm natürlich die Frage ein, wie eine Entfristung erreicht werden kann. Das Ministerium für Schule und Bildung gibt zwar vor, dass Bezirksregierungen großzügig prüfen sollten, wenn eine mehrjährige erfolgreiche Tätigkeit vorliegt, doch jeder Einzelfall liegt naturgemäß anders. Es empfiehlt sich durchaus, dass Schulleitungen sich bei den Bezirksregierungen bzw. Schulämtern für eine Entfristung stark machen. Auch der Rechtsweg mit Hilfe des GEW-Rechtsschutzes ist häufig eine erfolgreiche Option. Wer nähere Einzelheiten erfahren möchte, wird auf der Seite wuppertal.gew-nrw.de fündig. Dort haben wir unter Arbeit & Recht eine Extra-Seite zur Befristung eingerichtet. Neben Hinweisen sind dort auch Gesetze, Erlasse und Musterschreiben eingestellt.

Helga Krüger

Haftung bei Handys in der Schule?

Regelungen unbedingt erforderlich

// Ein Problem, das jeder kennt: Schüler*innen bringen ihre Handys mit in die Schule, selbst wenn der Gebrauch während des Schultages untersagt ist. Die Verantwortung für mitgebrachte Geräte liegt im Falle eines eindeutigen schulischen Verbots daher grundsätzlich auch bei den Schüler*innen selbst bzw. bei ihren Eltern - und nicht bei Lehrer*innen! Denn Handys zählen nicht zu den "gewöhnlichen Gegenständen, die für den Unterricht benötigt werden" (Informationsblatt der Bezirksregierung Münster, September 2014). //

Anders verhält es sich jedoch, wenn eine Lehrkraft ein Handy einsammelt, etwa weil es entgegen eines geltenden Handy-Verbots in der Schule benutzt wird oder auch, wenn eine Lehrkraft, z.B. im Sportunterricht, ein Sammelbehältnis aufstellt, in dem die Handys der Schüler*innen deponiert werden können. In diesem Moment übernimmt die Lehrkraft die Verantwortung für die eingesammelten Handys und kann im Falle von Schäden oder gar Verlust eines Handys unter Umständen dafür sogar persönlich haftbar gemacht werden.

Was ist also zu tun?

- 1. Grundsätzlich sollte den Schüler*innen und Eltern von Seiten der Schulleitung möglichst durch schriftliche Mitteilung eindeutig kommuniziert werden, dass Schüler*innen selbst für ihre Geräte verantwortlich sind, wenn sie Handys in die Schule mitbringen.
- 2. Wenn die Schüler*innen die Handys wie etwa im Sportunterricht üblich irgendwo deponieren wollen, müssen sie sich selbst ein Behältnis zur Aufbewahrung suchen. Eine Lehrkraft sollte die Schüler*innen in diesem Fall nicht ausdrücklich zum Ablegen der Handys auffordern.
- 3. In Situationen, in denen Lehrkräfte etwa bei Klausuren oder bei unbefugter Handynutzung in der Schule gehalten sind, Handys einzusammeln, sollte mit der Schulleitung geklärt sein, dass die Lehrkraft auf ausdrückliche dienstliche Anweisung hin handelt.

Die Lehrerkonferenz und Schulkonferenz sollten eindeutige Regelungen zur Handynutzung bzw. zum Handyverbot in der Schule beschließen.



G 9 kommt! Aber Wie?

Podiumsdiskussion zur Bildungspolitik in Solingen

// Zusammen mit der Stadtschulpflegschaft, der Bezirksschüler*innenvertretung sowie dem Jugendstadtrat hatte die GEW Solingen am 8. März 2018 in das Pädagogische Zentrum des Gymnasiums Vogelsang eingeladen. //

Auf dem Podium saßen Moritz Körner (FDP), Lena Teschlade (SPD), Norbert Czerwinski (Bündnis 90/Die Grünen), Arne Moritz (CDU) und Stephan Mertens (GEW, Vors. der Direktorenkonferenz). Von den Veranstalter*innen agierten Michael Seiffert (GEW), Ute Kwast (Stadtschulpflegschaft) und Sara Krämer (Bezirksschülervertretung/ Jugendstadtrat), die den Politiker*innen präzise Fragen stellten, die vom Publikum ergänzt wurden.

Thema: Lehrplan und Stundentafel

Die Aussagen der Parteien dazu waren so gut wie deckungsgleich: Die Kernlehrpläne müssen vor allem qualitativ überarbeitet, besser gestaltet werden, um den "Bedürfnissen des 21. Jahrhunderts" (Zitat Ministerin Gebauer) gerecht zu werden. Digitalisierung und ökonomische Grundbildung müssen in den Fokus rücken, jedoch nicht durch die Installation eines neuen Faches/neuer Fächer, sondern durch Andocken an vorhandene Fächer wie Politik/Wirtschaft. Die MINT-Fächer sollen gestärkt werden. Digitalisierung muss in alle Fächer und Bereiche integriert werden. Moritz Körner teilt mit, dass das zuständige Landesinstitut "QUA-LiS" mit der Erarbeitung der Kernlehrpläne für die Sekundarstufe I beauftragt ist und die Lehrplankommission die Arbeit bereits aufgenommen hat. Dass die Erarbeitung schulinterner Lehrpläne erfahrungsgemäß äußerst aufwändig und mit Mehrarbeit verbunden ist und damit für alle Schulen eine große Herausforderung darstellt, wird von allen Parteivertretern akzeptiert. Es wird die Anregung aufgenommen, die Schulen vor Ort mit einzubeziehen, um bereits Vorhandenes nutzen zu können. Norbert Czerwinski verweist hier auch auf die Nutzung der zu erstellenden Angebote von QUA-LiS und den Lehrplannavigator. Außerdem soll die zu erwartende zusätzliche Belastung bei der Lehrerarbeitszeit berücksichtigt werden (!).

Die neue Stundentafel sieht insgesamt 180 Pflichtstunden plus acht fakultative Stunden für die Klassen 5 bis 10 vor, das bedeutet im Schnitt 30 Wochenstunden pro Klasse. Die Schulen erhalten Ressourcen für 188 Stunden, die gebundenen Ganztagsgymnasien dazu wei-

terhin den 20-prozentigen Lehrerstellenzuschlag. Da keine Einführung neuer und zusätzlicher Fächer geplant ist, kann und soll diese zusätzliche Zeit genutzt werden zum Vertiefen von Inhalten, zum langfristigen Sichern des Gelernten und für fächerverbindendes Lernen.

Durchlässigkeit - Abschluss für Jede*n - 2. Fremdsprache

Auch hier waren die Beiträge aller vier Politiker*innen und ihrer Parteien einheitlich klar: An jedem Gymnasium wird der Mittlere Bildungsabschluss erreicht nach erfolgreicher Ablegung der Prüfung ZP 10, die an jedem Gymnasium eingeführt wird. Die Einführung der zweiten Fremdsprache wird mit G9 von der 6. Klasse wieder in die 7. Klasse verschoben. Dies gilt für alle Schulformen, nicht nur für die Gymnasien. Die dritte Fremdsprache kann in der Jahrgangsstufe 11 (Einführungsphase) dazu gewählt werden.

Differenzierung - Individuelle Förderung, - G 9 in 8 Jahren

An allen Gymnasien soll G9 in 8 Jahren möglich sein. Dazu müssen laut FDP, CDU und Grüne nicht nur Konzepte für individuelles Lernen entwickelt werden, sondern auch Modelle, in denen individuelle Förderung systemisch festgemacht wird; Arbeitstitel "Überholspur", "Drehtür", o.Ä. Auch hier wird die Unterstützung bei der Entwicklung schuleigener Modelle und durch die Bereitstellung von Ressourcen zugesichert.

Lena Teschlade (SPD) favorisiert hier das Modell "Abitur im eigenen Takt", also eine modularisierte Oberstufe wie z.B. praktiziert in Baden-Württemberg. Ein Halbjahr der Oberstufe entspricht einem Modul aus den Pflicht-, Wahlpflicht- oder Wahlfächern, die innerhalb der vorgeschlagenen drei Jahren frei arrangiert und absolviert werden könnten. Sobald alle vier Module abgeschlossen sind, würde die Abiturprüfung anstehen, also möglicherweise auch nach zwei Jahren. Diese individuelle Lösung böte Raum für die Persönlichkeitsentwicklung, Konzentration auf Schwächen, Ausbau eigener Stärken und Zeit für ein Auslandsjahr oder Praktikum.

Auf die aus dem Publikum zusätzlich gestellten Frage nach Konnexität wurde von den NRW-Regierungsparteien zugesichert, dass mit den Kommunen fair verhandelt würde, Gutachter zur Kostenermittlung seien bereits unter Einbeziehung der Schulleiter*innen an der Arbeit.

Im Schlusswort sind sich wieder alle Politiker*innen auf dem Podium einig: Sie wollen die Anregungen und Forderungen aus der Veranstaltung mit in die parlamentarische Diskussion nehmen. Das von allen ähnlich formulierte Ziel: Ruhe bringen in die aufgewühlte Schullandschaft, Ende der ideologischen Debatte! Die neuen Lehrpläne als Chance nutzen zur Qualitätsverbesserung von Unterricht, kurz: Beste Bildung für NRW. Na, dann hoffen wir mal.

Falsches Thema zur falschen Zeit!

Verbindliche Empfehlungen Grundschule

// Die Diskussion über den Übergang ist so alt wie die Grundschule selbst. In regelmäßigen Abständen werden neue Modelle verordnet oder es wird zu alten zurückgekehrt. //

Doch damit lässt sich das Grundproblem nicht lösen: Bei zehnjährigen Kindern kann es keine eindeutig richtige Diagnose für deren zukünftige Schullaufbahn geben. Es grenzt an Hellseherei oder den Blick in die Kristallkugel.

Selbstverständlich können Grundschullehrkräfte nach 3 1/2 Schuljahren feststellen, welche Kompetenzen das Kind zu diesem Zeitpunkt erreicht hat und wie der weitere Weg aussehen könnte. Hierbei leisten sie sehr gute Arbeit, indem sie das Kind in seiner sozialen und kognitiven Entwicklung beschreiben. Doch es bleibt eine Empfehlung und eine solche kann nicht zu einer Bestimmung werden. Sich ändernde Einflüsse wie die Pubertät, das soziale Umfeld, Familienstrukturen, Lehrkräfte, Klassenzusammensetzungen oder neue Anforderungen der zukünftigen Schullaufbahn können weder Grundschullehrkräfte noch Eltern verlässlich wissen. Gerade deshalb ist die Zusammenarbeit beider Seiten wichtig. Und diese funktioniert in den meisten Fällen sehr gut! Und es sind die Eltern, die das Kind in beiden Schulstufen begleiten.

Mit guten Gründen wurde die verbindliche Empfehlung der Grundschulen abgeschafft. Doch diese Gründe sollen jetzt nicht mehr gelten, weil einzelne Kinder nicht in die gewählte Schule "passen"? Dies war bisher bei jeder Änderung die Begründung – und die Ergebnisse gleichen sich.

An unseren Schulen fehlt es an Personal, Ausstattung und Verlässlichkeit! Vor allem an den Grundschulen ist der Schulalltag durch großen Lehrermangel, nicht ausreichenden Ganztagsplätzen, fehlenden Gelingensbedingungen für Inklusion und unzureichender digitaler Ausstattung geprägt. Grundschullehrer*innen und Förderschullehrer*innen arbeiten am Limit – und die neue Landesregierung beschäftigt in ihrem Masterplan Grundschule erst mit Fragen des "richtigen" Rechtschreibunterrichtes und nun mit den Empfehlungen zum Übergang von der Grundschule in die weiterführende Schule!

"Wenn der Landesregierung eine Verbesserung der schulischen Ausbildung wirklich wichtig ist, dann ist sie besser beraten, die wesentlichen Dinge guter Bildung anzugehen: Lehrerausbildung und versorgung, Entlastung und faire Bezahlung von Lehrkräften, Ganztagesplätze mit pädagogischem Personal, zeitgemäße Ausstattung und eine Schulbildung, die alle Schülerinnen und Schüler mitnimmt und entsprechend ihrer Möglichkeiten bestmöglich fördert," so Sabine Riffi vom Leitungsteam der GEW Solingen.

Dirk Bortmann

Bürgerinitiative 4. Gesamtschule

.... nun im Stadtarchiv der Stadt Solingen

Nein, es ist natürlich nicht die Initiative selbst, die nun ins Stadtarchiv gezogen ist, sondern alle verbliebenen Unterlagen der vor 15 Jahren ins Leben gerufenen Initiative, deren Hauptakteur wir, die GEW Solingen, war und die eine ganze Reihe Mitstreiter*innen aus den Reihen der SPD und der Grünen hatte. Dabei gab es nicht nur das Ziel diese 4. Gesamtschule einzurichten, sondern auch einen Neubau zu fordern. Aus heutiger Sicht wäre das eine deutliche Entspannung der aktuellen Schulraummisere gewesen, aber auf uns hat man eben damals nicht gehört und das ist ja kaum besser geworden. Und nicht nur das: Die Initiative hatte auch massive Gegner aus den Reihen der Konservativen und führte gar zu einer neuen Antibewegung mit Namen "PRO-BISS" und einer sehr rührigen Vorsitzenden, die dann über Jahre die reaktionäre Schulpolitik der Solinger Ratsmehrheit beeinflusste.

Nun haben wir die 4. Gesamtschule zu einem Zeitpunkt, zu dem wir längst die 5. und 6. haben müssten: ein integriertes Sekundarschulsystem in Solingen mit ausreichend Ressourcen für eine gelingende Inklusion und flächendeckendem G9. Auch diesen Hakenschlag hätte man vermeiden können. Die jüngste PISA Studie ist ja nochmal ein deutlicher Beleg dafür, dass wir die Bildungschancen der Kinder bildungsferner Elternhäuser nur durch eine gute Durchmischung der Schülerpopulation und intensive differenzierte Förderung erreichen können. Ich denke also in der Rückschau, dass unsere Initiative hilfreich war. Schön wäre es gewesen, wenn sie kurzfristiger Erfolg und deutlichere mittelfristige Folgen gehabt hätte.

Eckehard Vogt

Die GEW Solingen gratuliert Besondere Geburtstage von Januar bis März 2018

Unsere Jüngste

26 Jahre

Laura - Marie Heiken

40 Jahre

Sonja Berges Oliver Friehe Nicol Nagel

Antonios Papamichail

50 Jahre

Volker Blumenberg Dr. Ulrich Linke

60 Jahre

Erika Adomeit Holger Daams Sabine Lorenz 70 Jahre

Regine Weiss

75 Jahre

Iris Tappert

80 Jahre

Rolf Buntenbach

Unsere Seniorin

88 Jahre

Erika Wirths

Was für ein schöner Zustand! Treffen der Senior*innen der GEW

// Das war auch beim Novembertreffen 2017 in der Lounge der Ev. Stadtkirche Solingen wieder unser Motto, und es war auch diesmal unterhaltsam, interessant und spannend! //

23 Kolleginnen und Kollegen sind unserer Einladung gefolgt. Weitere sechs Kolleg*innen hatten sich ebenfalls angemeldet und sich auf das Treffen gefreut, mussten aber leider wegen Krankheit kurzfristig absagen.

Den Anfang, aus seinem Ruhestand zu berichten, machte diesmal unser Kollege Bernd Pötsch (Jahrgang 1947, ehemals Studienrat an der August-Dicke-Schule): Bernd hat tatsächlich begonnen und eifrig daran gearbeitet, im Ruhestand eine Doktorarbeit zu schreiben mit dem Thema "Umweltverbände und Umweltpolitik zwischen 1970 und 1990".

Er erzählte, wie er auf dieses Thema gestoßen und wie er es angegangen ist, dazu bot er einen inhaltlichen Überblick über seine Arbeit. Er ist sicher, diese im kommenden Jahr fertig stellen zu können. Er wird uns dann natürlich wieder berichten. Als Vorgeschmack stellte er uns in Papierform die Einleitung zur Verfügung, die einen guten Überblick über seine Doktorarbeit bietet.

Danach waren wir selbst an der Reihe. Wir genießen unseren Ruhestand auf langen spannenden Reisen. Dieses Jahr waren wir für fünf Monate in Spanien, Portugal und Marokko mit unserem Geländewagen unterwegs. Neben dem Bericht präsentierten wir eine Bilderauswahl von Skurrilem aus iberischen Kirchen und Klöstern.

Abgerundet wurde unser Treffen natürlich wieder mit angeregten Gesprächen unter alten Kolleg*innen bei Kaffee und Kuchen.

Wir haben gemeinsam einen richtig schönen Nachmittag verbracht, es war ein gelungenes Treffen. Es ist immer wieder schön, alte Kolleginnen und Kollegen gesund und munter in unserem Kreise zu treffen! Wir freuen uns schon auf das nächste Treffen Ende April 2018!

Michael + Birgit Seiffert

Stammtisch Grundschule

Die Fachgruppe Grundschule lädt Interessierte ein

Montag, 23.4.2018

(Hoch-) Begabte Kinder finden und fördern - Wissenswertes rund um Diagnostik und Fördermöglichkeiten im täglichen Unterricht

Dienstag, 8.5.2018

Auf der anderen Seite der Ausbildung – Tipps und Tricks rund um die Mentorentätigkeit

Mittwoch, 27.6.2018

Klassenlehrer*in werden ist nicht schwer, es zu sein dagegen sehr?!? –Hilfreiches und Nützliches rund um die Klassenleitung

Alle Veranstaltungen: Gaststätte Birkenweiher, Birkerstraße 37-39, 42651 Solingen immer ab 19 Uhr

Kalender für 2018/19 gewünscht?

Dann bitte jetzt bestellen

Der Stadtverband Solingen möchte Dir für das Schuljahr 2018/19 einen Kalender für Deinen Berufsalltag schenken. Wieder wollen wir die Kalender gezielt an Kolleginnen und Kollegen weiterleiten, die per E-Mail bestellen. Du kannst zwischen dem altbewährten GEW-Taschenkalender (Variante A) und einem GEW-Tischkalender (B) wählen. Wer einen Kalender wünscht, schickt bitte eine E-Mail mit den Infos. Name / Schule bzw. Einrichtung / Variante A oder Variante B an sabineriffi@aol.com

Wohnzimmergespräche

Die GEW Solingen lädt vierteljährlich ein zum Wohnzimmergespräch. In gemütlicher Atmosphäre reden wir über Themen, die uns im Bereich Bildung auf dem Herzen liegen.

Nächster Termin:

18. April 2018, 17.00 - 18.30 Uhr bei Nina Meier, Klingenstraße 86a

Vorstand und Service

Leitungsteam:

Ute Halein ute.halein@gew-nrw.de Nina Meier nina.meier@gew-nrw.de Sabine Riffi sabine.riffi@gew-nrw.de Dirk Bortmann dirk.bortmann@gew-nrw.de

Kassierer:

Dirk Bortmann dirk.bortmann@gew-nrw.de

Schriftführerin:

Andrea Schütt andrea.schuett@gew-nrw.de

Iulia Remboom i.bemboom@gmx.de

Referent für

Öffentlichkeitsarbeit:

Dirk Bortmann dirk.bortmann@gew-nrw.de

Referentin für Bildung:

Hiltrud Bensberg-Müller h.bemue@gmail.com

Referentin für Rechtsfragen:

Ute Halein ute.halein@gew-nrw.de

Ausschuss der Ruheständler:

Birgit Seiffert birgit.seiffert@gew-nrw.de Michael Seiffert michael.seiffert@gew-nrw.de

DGB-Kontakt:

Eckehard Vogt eckehard.vogt@gmx.de

Ruhegehaltsberechnung:

Dirk Bortmann dirk.bortmann@gew-nrw.de

Offene GEW-Sitzung:

Jeweils Mittwoch, 2.5., 6.6., 4.7. sowie 12.9.2018 um 17.15 Uhr Ort: Sitzungszimmer der Gewerkschaft ver.di, Gasstr. 10, Eingang C, 3. Etage



GEW-Stadtverband Solingen

c/o Paradestr. 21, 42107 Wuppertal nina.meier@gew-nrw.de Tel. 0202 - 44 02 61

solingen@gew-nrw.de

Solingen Letter Redaktion

Nina Meier



Schöne neue digitale Schulwelt

// Leider hatten sich nur 20 Teilnehmer*innen am 1.3. in Mettmann eingefunden, um Joachim Hofmann, Mitglied der AG Digitalisierung der GEW, zum aktuellen Thema zuzuhören und mit ihm Schlussfolgerungen zu diskutieren. //

Joachim verstand es sehr geschickt, die Zuhörer*innen mit einer praktischen Übung in den Bann der digitalen Möglichkeiten in Schule zu ziehen. Er verknüpfte die Smartphones der Anwesenden mit seinem und stellte uns in diesem virtuellen Lernraum Fragen zu unserem Verhalten mit unseren Smartphones in der Schule. So ungefähr stellt sich das Ministerium unseren neuen Unterricht mit digitalen Medien vor. Einigen Teilnehmer*innen kamen jedoch bald Bedenken, weil die Kommunikation doch recht eindimensional vonstatten ging.

Doch so unterhaltsam sein Vortrag begann, wandte sich Joachim schnell den unangenehmen Seiten des Themas zu. Er ließ uns spüren, dass wir nicht guten Gewissens eine Unterschrift unter ein Dokument setzen können, in dem verlangt wird, dass die Kolleg*innen ihr benutztes System verstanden hätten und die Folgen für unser digitales Handeln abschätzen und tragen könnten.

Unterschrift zur dienstlichen Nutzung des Smartphones?

Seine Quintessenz lautet: Falls eure Schulleitung, die im übrigen auch nicht genügend informiert ist, euch um die Unterschrift bittet, dass ihr die Verantwortung für den schulischen Einsatz eures privaten Smartphones übernehmen sollt, dann leistet diese Unterschrift nicht. Benutzt nicht weiter eure Smartphones im schulischen Kontext mit sensiblen Daten, sondern arbeitet mit den Schulrechnern.

Wer politischer handeln will, der schreibt entweder seine Texte handschriftlich oder streicht den Absatz mit der Übernahme der Haftung durch und ergänzt in etwa: "Ich tue mein Bestes, bin aber keine IT-Fachfrau. Im übrigen habe ich nur etwa die Hälfte verstanden." Dann könnt ihr unterschreiben.

Die GEW stellt fest, dass die Verantwortung des Landes nicht wahrgenommen wird, sondern durch das aktuelle Unterschriftsverfahren in die Kollegien weitergegeben wird. Die GEW fordert euch auf, diskutiert das Thema in euren Kollegien und leitet eure Meinung zusammen mit den Schulleitungen an die Bezirksregierung und das Ministerium weiter. Schreibt offene Briefe an die Landtagsabgeordneten mit der Forderung nach einer auskömmlichen Ausstattung der Schulen mit Dienstlaptops oder Dienst-Smartphones, die den Anforderungen der ADV genügen und die uns in die Lage versetzen, unsere vorgegeben Aufgaben gesetzeskonform zu erfüllen.

Neues Fortbildungsformat

Mit Lehrerräten erfolgreich erprobt

Nachdem unser Kreisverband in den letzten Jahren unzählige Lehrerrätefortbildungen angeboten hat, die sehr gut angenommen wurden, stellte sich dem Vorstand die Frage, wie man diese Fortbildungen für die Lehrerräte nachhaltiger wirken lassen könnte.

Die Teilnehmer*innen an der Fortbildung "Gesund bleiben am Arbeitsplatz Schule" im November 2017 in Mettmann erkannten Ansätze für ihre Handlungsmöglichkeiten, äußerten jedoch auch den Wunsch nach begleitender Unterstützung bei der Umsetzung nach der Fortbildung.

Daher luden wir zu einer Nachfolgeveranstaltung ein, in der konkrete Probleme aus der alltäglichen Arbeit der Lehrerräte bei der Umsetzung des Gesundheitsschutzes besprochen und Lösungsmöglichkeiten entwickelt und durchgespielt werden.

Am 7.3.18 trafen sich im Förderzentrum West in Mettmann 22 Kolleg*innen, die zum Teil auch neu am Thema interessiert waren, um unter der Moderation von Harda Zerweck und Uwe Schledorn, beide aus dem Referat Gesundheitsschutz der GEW NRW, Strategien zum vorher abgefragten Beratungsbedarf zu entwickeln.

Die Themen "Schadstoffbelastung im Schulgebäude" und "psychosoziale Arbeitsbelastung durch Gewalt von Schüler*innen/ Eltern" kristallisierten sich als Hauptprobleme heraus und den beiden Expert*innen gelang es, zu beiden Themen Strategien zu vermitteln.

Um die Nachhaltigkeit zu erhöhen wurde für den 13.6.2018 gleich ein Folgetermin am gleichen Ort festgelegt.

Die GEW Mettmann gratuliert

Besondere Geburtstage von Januar bis März 2018

Unser Jüngster 28 Jahre

Manuel Duynstee

Kristina Hartmann

80 Jahre

Reinhild Schäffer

Unsere Ältesten

30 Jahre 85 Jahre

Linda Boehnke Hans-Adolf Esser

Tanja Langen
87 Jahre

40 Jahre

Claudia Cammarana Ivonne Friesenknoten Nina Rueber

91 Jahre

Sabine Klawitter

Georg Wild

50 Jahre

Thorsten Jansen Dörte Klautke Monika Lauhof-Osthus Astrid Nelson

60 Jahre

Petra Gingheim Gabriele Müller

70 Jahre

Hans-Joachim Fenko Bärbel Rieß Mareike Wingerath

Unsere Jubilar*innen

Wir gratulieren herzlich zum GEW-Jubiläum.

20 Jahre

Carmen Bryks
Ursula Daub
Indira Isabella Goldberg-Banerjee
Simona Grothkast
Martina Holterhues
Greta Kämmer
Heike Klatte

Christina Lischke Britta Mathes

Bianca Kubale

Franziska Meusel-Euteneuer

Frank Nau-Melzer Bianca Siemens Alexandra Timm Pascale Willig Mareike Wingerath

25 Jahre

Mohammed Assila
Ina Großherr-Brinkmann
Monika Lauhof-Osthus
Astrid Nelson
Heide Pfaar-Doppstadt
Andrea Stracke-Knitsch

30 Jahre

Martina Buntzel
Roswitha Kamp
Ute Köhler
Karin Krambeck
Ilona Pietsch
Beate Prüßmann
Hildegard Sonntag
Barbara Verhoeven

35 Jahre

Barbara Dornuf-Galati Petra Gingheim Andrea Heil
Andreas Kleinsimlinghaus
Gerd Neysters
Uwe Schledorn
Gabriele Taubert
Gabriele Wolters

40 Jahre

Norbert Büchel **Hedwig Eyermanns** Ute Giesewetter-Wenzel Michael Huth **Bettina Molitor** Ursula Müller Hiltrud Quast-Blaßies Uwe Reich Maria-Magdalena Schulz Ulrich Schwarz **Burkhard Sigges-Urban Herbert Steiner Herbert Stingl Margot Sturm** Renate Vellguth Christa Vermaaten

45 Jahre

Gernot Freyberg Margot Georgi Ruth Hanten Ulrike Jolk Axel Jost Günther Maurer Vera Moss Harald Umbach

50 Jahre

Hans-Adolf Esser Ruth Nieslony Peter Paul

Auf ein Wort ...

Die Gewerkschaft ist kein Papiertiger

// Liebe Kolleg*innen an den Bildungseinrichtungen im Kreis Mettmann, ich wende mich mit einer Bitte an euch. Wenn ihr euch über Missstände in euren Einrichtungen ärgert, wenn ihr meint, dass niemand etwas dagegen tut, wenn ihr glaubt die Gewerkschaft ist ein Papiertiger, dann fordere ich euch auf, kommt und diskutiert mit uns, meldet euch mit euren Anliegen, die die Einrichtung betrifft. //

Arbeitet mit eurer Expertise oder werdet Expert*innen und bringt euch je nach Möglichkeit bei uns ein. Wir werden Lösungen finden! Ihr seid auch die GEW!

Wir brauchen auch viele neue Mitglieder - werbt in euren Einrichtungen neue Mitglieder und ihr erhaltet von uns ein Extrageschenk dazu, wenn ihr bis zum 10.7.2018 den Nachweis erbringt.

Ulrich Röck, für den Vorstand der GEW Kreis Mettmann ulrich.roeck@gew-nrw.de

Bitte vormerken:

Großes GEW-Sommerfest mit Ehrung der Jubilar*innen

Donnerstag, 23.08.2018 um 14 Uhr

Begegnungsstätte der Johanniter Hildener Str. 19, 40699 Erkrath

Einladung folgt

Erweiterter Vorstand

Ulrich Röck, Vorsitzender ulrich.roeck@gew-nrw.de

Birgit Dinnessen-Speh,

stellvertretende Vorsitzende birgit.dinnessen-speh@gew-nrw.de

Knut Koslowski, Kassierer (früher OV Ratingen) knut.koslowski@t-online.de

Klaus Wansleben, gewwansleben@web.de

Ute Lamers-Stascheit (früher OV HHME) ute.lamers-stascheit@gew-nrw.de

Peter Schnitzler

(früher OV Niederberg) peter.schnitzler46@gmx.de

Herbert Romund

Kontakt Ruhegehaltsfragen herbert.romund@gmx.de

GEW-Treff

GEW-Personalräte für Grundschulen im Kreis Mettmann

Offene Fragerunde

19.04.2018 um 19 Uhr

Gaststätte Frankenheim Jubiläumsplatz 7, 40822 Mettmann (direkt in der Stadtmitte, Anreise mit Bus, Regiobahn oder mit dem PKW ins Rewe-Parkhaus)

Personalräte Grundschule

Annette Müller

annette.mueller@gew-nrw.de

Felix Josfeld

felix.josfeld@gew-nrw.de

Dorthe Mengel

dorthe.mengel@gew-nrw.de

Mechthild Hesterkamp

mechthild.hesterkamp@gew-nrw.de

Förderschule

Birgit Dinnessen-Speh birgit.dinnessen-speh@gew-nrw.de

Hauptschule

Ali Seamari

ali.seamari@gew-nrw.de

Realschule

Ulrich Röck

ulrich.roeck@gew-nrw.de

Gymnasium

Ulrich Jacobs

ulrich.jacobs@gew-nrw.de

Berufskolleg

Rolf Kruwinnus-Rausch

rolf.kruwinnus-rausch@gew-nrw.de



Örtlicher Personalrat Grundschule Wuppertal

Martina Haesen

martina.haesen@gew-nrw.de Tel. 0202/563 7367

Rainer Kriegel

rainer.kriegel@gew-nrw.de

Christine Schwedler

christine.schwedler@gew-nrw.de Tel. 0202/7866473

Richard Voß

richard.voss@gew-nrw.de Tel. 0202/2531681

Anna Oëx

anna.oex@gew-nrw.de Tel. 0202/7993123

Andrea Oppermann

andrea.oppermann@gew-nrw.de

Hatun Cici

hatun.cici@gew-nrw.de Tel. 0202/620132

Karen Weber

karen.weber@gew-nrw.de Tel. 0202/573902

Nina Stein

nina.stein@gew-nrw.de

Personalrat bergische VHS

Barbara Simoleit barbara.simoleit@bergische-vhs.de Tel. 0202/5632251

Personalräte bei der Bezirksregierung Düsseldorf

Hauptschule

Thorsten Klein thorsten.klein@gew-nrw.de Tel. 0202/557791

Förderschule

Conny Fahle cornelia.fahle@gew-nrw.de Tel. 0202/4598488

Realschule

Christian Neumann christian.neumann@gew-nrw.de Tel- 0202/708925

Gesamtschule

Dieter Gerdes dieter.gerdes@gew-nrw.de Tel. 0212/3839044

Gymnasium

Uli Jacobs ulrich.jacobs@gew-nrw.de Tel. 0202/9742873

Berufskolleg

Rolf Kruwinnus-Rausch rolf.kruwinnus-rausch@gew-nrw.de 0202/667495

Personalrat wiss. u. künstl. Beschäftigte Berg. Universität

Dr. Susanne Achterberg achterberg@wiwi.uni-wuppertal.de Tel. 02333/601044

Leitungsteam

Gerd Holl

gerd.holl@gew-nrw.de

Helga Krüger

helga.krueger@gew-nrw.de

Richard Voß

richard.voss@gew-nrw.de

Kassierer

Thorsten Klein

thorsten.klein@gew-nrw.de

Schriftführerin

Gudrun Istel

gudrun.istel@gew-nrw.de

Rechtsschutz

Martina Haesen

martina.haesen@gew-nrw.de

Angestelltenteam

Dr. Egbert Fröse

egbert-froese@web.de

Rainer Kriegel

rainer.kriegel@gew-nrw.de

Christine Schwedler

christine.schwedler@gew-nrw.de

Michael Saga

Michael.Saga@gmx.de

Team Senior*innen

Inge Hanten

inge.hanten@googlemail.com

Birgit Wernecke

Wernecke Birgit@gmx.de

Fachgruppe Grundschule

Hatun Cici

hatun.cici@gew-nrw.de

Anna Oëx

anna.oex@gew-nrw.de

Karen Weber

karen.weber@gew-nrw.de

Fachgruppe Förderschule

Conny Fahle

cornelia.fahle@gew-nrw.de

Fachgruppe Hauptschule

Thorsten Klein

thorsten.klein@gew-nrw.de

Fachgruppe Gesamtschule

Dieter Gerdes

dieter.gerdes@gew-nrw.de

Fachgruppe Realschule

Christian Neumann

christian.neumann@gew-nrw.de

Fachgruppe Berufskolleg

Rolf Kruwinnus-Rausch

rolf.kruwinnus-rausch@gew-nrw.de

Fachgruppe Gymnasium

Ulrich Jacobs

ulrich.jacobs@gew-nrw.de

Kontakt Studierende

Serpil Gül-Gerard

hib-wuppertal@gew-nrw.de

Fachgruppe Dozent*innen

Dr. Susanne Achterberg

achterberg@wiwi.uni-wuppertal.de

Verbindung zum DGB

Dr. Dirk Krüger

krueger.wtal@t-online.de

